

Schriften zum Öffentlichen Recht

---

Band 110

# Die kurzfristige polizeiliche Freiheitsentziehung

Freiheitsentziehung durch die Vollzugspolizei der Länder und  
den Bundesgrenzschutz unter besonderer Berücksichtigung  
des Artikels 5 der Menschenrechtskonvention

Von

Jürgen Koschwitz



Duncker & Humblot · Berlin

**JÜRGEN KOSCHWITZ**

**Die kurzfristige polizeiliche Freiheitsentziehung**

**Schriften zum Öffentlichen Recht**

**Band 110**

# Die kurzfristige polizeiliche Freiheitsentziehung

Freiheitsentziehung durch die Vollzugspolizei der Länder und  
den Bundesgrenzschutz unter besonderer Berücksichtigung  
des Artikels 5 der Menschenrechtskonvention

Von

Dr. jur. Jürgen Koschwitz



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Alle Rechte vorbehalten**  
**© 1969 Duncker & Humblot, Berlin 41**  
**Gedruckt 1969 bei Alb. Sayffaerth, Berlin 61**  
**Printed in Germany**

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Nach Artikel 104 Absatz II Satz 1 des Grundgesetzes hat über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung nur der Richter zu entscheiden. Durch diesen Verfassungssatz hat der Begriff der Freiheitsentziehung eine außerordentliche Bedeutung erlangt. Zu seiner Klärung will die vorliegende Arbeit beitragen. Im übrigen werden weniger die zahlreich vorhandenen Äußerungen zu den verschiedenen Erscheinungsformen des polizeilichen Eingriffs in die persönliche Freiheit zusammengestellt und kritisch betrachtet, als vielmehr einige Fragen herausgegriffen und untersucht, die für die polizeiliche Praxis große Bedeutung haben, bislang aber noch nicht hinreichend geklärt sind. Neben der Tragweite des Artikels 104 des Grundgesetzes gehört hierzu insbesondere die Einwirkung der europäischen Menschenrechtskonvention auf das deutsche Polizei- und Strafprozeßrecht. Wegen der bedauerlichen Zersplitterung des allgemeinen Polizeirechts bedurfte es einer verhältnismäßig umfangreichen Darstellung der Rechtsgrundlagen.

Die Untersuchung wurde ursprünglich im Frühjahr 1968 der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität zu Göttingen als Dissertation vorgelegt. Spätere Gesetzesänderungen wurden bis April 1969 berücksichtigt. Desgleichen konnte der Kommentar *Guradzes* zur Menschenrechtskonvention noch nachträglich berücksichtigt werden.

Der Verfasser dankt auch an dieser Stelle Herrn Professor Dr. Werner Weber, Göttingen, für die Betreuung der Arbeit und die freundliche Unterstützung.

Bad Oldesloe, den 30. April 1969

*Jürgen Koschwitz*





# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungs- und Gesetzesverzeichnis .....</b>	<b>16</b>
<b>1. Teil: Grundlagen und Rechtsgrundlagen .....</b>	<b>25</b>
<i>1. Abschnitt: Grundlagen .....</i>	<i>25</i>
<b>1. Kapitel: Abgrenzung des Gegenstandes der Arbeit .....</b>	<b>25</b>
<b>I. Begrenzung auf die Vollzugspolizei und Ausklammerung einiger Rechtsgebiete .....</b>	<b>25</b>
<b>II. Begriff der Kurzfristigkeit .....</b>	<b>26</b>
<b>2. Kapitel: Begriff der Freiheitsentziehung .....</b>	<b>26</b>
<b>I. Die in Betracht kommenden polizeilichen Maßnahmen .....</b>	<b>26</b>
<b>II. Freiheitsentziehung und Freiheitsbeschränkung .....</b>	<b>27</b>
<b>III. Die Abgrenzungsmethoden .....</b>	<b>28</b>
<b>IV. Anwendung auf die hier untersuchten Maßnahmen .....</b>	<b>30</b>
<b>1. Möglichkeit „eigen-williger“ Bestimmung des Aufenthaltsortes .....</b>	<b>30</b>
<b>2. Die Frage des psychischen Drucks .....</b>	<b>32</b>
<b>a) Fall der drohenden sofortigen Vollstreckung .....</b>	<b>32</b>
<b>b) Möglichkeit späterer Vollstreckung oder Bestrafung .....</b>	<b>33</b>
<b>c) Anordnung der Vollstreckung .....</b>	<b>36</b>
<b>3. Das Merkmal der Dauer .....</b>	<b>36</b>
<b>a) Die Äußerungen in Literatur und Rechtsprechung .....</b>	<b>36</b>
<b>b) Eigene Stellungnahme .....</b>	<b>39</b>
<b>4. Das Merkmal des Zweckes .....</b>	<b>42</b>
<b>5. Ergebnis .....</b>	<b>43</b>
<i>2. Abschnitt: Rechtsgrundlagen für Freiheitsentziehungen .....</i>	<i>45</i>
<b>3. Kapitel: Gesetzliche Regelung für die Polizei der Länder .....</b>	<b>45</b>
<b>A. Befugnisse zur Freiheitsentziehung nach der StPO .....</b>	<b>45</b>
<b>I. Vorläufige Festnahme und Sistierung des Beschuldigten ..</b>	<b>45</b>
<b>II. § 164 StPO .....</b>	<b>46</b>
<b>III. § 81 a StPO .....</b>	<b>46</b>
<b>IV. § 81 b StPO .....</b>	<b>47</b>
<b>V. Durchsuchung von Personen .....</b>	<b>47</b>

VI. § 163 StPO und die Sistierung von Zeugen .....	48
VII. Razzien .....	50
B. Sonstige Befugnisse zur Freiheitsentziehung (Polizeigesetze und einige Beispiele aus anderen Gesetzen) .....	51
I. Polizeigewahrsam im eigentlichen Sinne (Polizeihaft) ....	51
1. Schutzhaft .....	52
2. Sonstige Fälle .....	54
3. Gewahrsam auf Ersuchen .....	57
II. Fälle, in denen der Freiheitsentzug nur Mittel zur Erreichung eines anderen Zweckes ist .....	58
1. Freiheitsentziehung zur Feststellung der Personalien („Sistierung“) .....	58
2. Vorführung .....	62
a) Vorführung aus eigenem Recht und aufgrund eigener Entschließung der Polizei .....	62
aa) Vorführung in Zusammenhang mit der Aufklärung von Straftaten (§17 PrPVG und entsprechende Vorschriften) .....	62
bb) Sonstige Fälle .....	63
b) Vorführung auf Ersuchen anderer Behörden .....	69
3. Durchsuchung .....	70
III. Razzien .....	71
IV. Dauer der Freiheitsentziehung aufgrund der Polizeigesetze	73
4. Kapitel: Gesetzliche Regelung für den Bundesgrenzschutz .....	74
I. Befugnisse zur Freiheitsentziehung nach der StPO .....	74
II. Befugnisse zur Freiheitsentziehung nach dem BGS	74
3. Abschnitt: <i>Rechtliche Überprüfung der im 2. Abschnitt aufgeführten Vorschriften (mit Ausnahme der Frage der richterlichen Entscheidung nach Art.104 GG und der Vereinbarkeit mit der Menschenrechtskonvention)</i> .....	77
5. Kapitel: Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz .....	77
I. Art. 2 II 3, 104 I 1 GG und die (eingeschränkte) Generalklausel	77
II. Art. 19 I 2 GG .....	81
1. StPO .....	81
2. Polizeigesetze und Sondergesetze .....	81
3. BGS	82
a) Notwendigkeit eines Grundrechtszitats .....	82
b) Frage der Ersetzung des in § 2 BGS fehlenden Grundrechtszitats .....	84
4. Berliner Neufassung des PrPVG .....	87

6. Kapitel: Vereinbarkeit einiger Vorschriften der Landespolizeigesetze mit der StPO, dem EGStPO und Art. 72, 74 GG .....	88
I. Vorführung nach § 17 PrPVG und den entsprechenden Vorschriften .....	89
II. Vorschriften über die Sistierung .....	93
<b>2. Teil: Verfahrensrecht (Art. 104 GG) .....</b>	<b>95</b>
1. Abschnitt: Notwendigkeit einer richterlichen Entscheidung .....	95
1. Unterabschnitt: Polizeigesetze und Freiheitsentziehung auf Ersuchen ..	95
7. Kapitel: Die Freiheit ist dem Betroffenen bereits entzogen .....	95
A. Praxis, gesetzliche Regelung und Streitstand .....	95
B. Eigene Lösung .....	100
I. Geltung des Art. 104 II 2 und 3 GG für die Polizei .....	100
II. Umfang der Geltung des Art. 104 II 2 im Rahmen des Art. 104 II 3 GG .....	103
1. Wortlaut des Art. 104 II GG .....	103
2. Zweck des Art. 104 II GG und Entstehungsgeschichte ...	103
3. Geschichtliche Entwicklung des polizeilichen Festnahme- rechts und Vergleich mit Art. 104 III GG .....	106
4. Das Verfahren bei Herbeiführung und Erlaß einer richter- lichen Entscheidung über eine kurzfristige Freiheits- entziehung .....	108
a) Grundsatz des rechtlichen Gehörs; Vorführung vor den Richter .....	110
b) Bedenken gegen die Notwendigkeit einer Vorführung des Betroffenen vor den Richter .....	114
c) Nachholung des rechtlichen Gehörs .....	120
d) Folgerungen aus den verfahrensrechtlichen Möglich- keiten .....	127
5. Ergebnis .....	128
C. Rechtslage in Hessen und Schleswig-Holstein sowie in Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland .....	129
8. Kapitel: Die Freiheit soll dem Betroffenen erst entzogen werden ..	132
I. Notwendigkeit einer vorgängigen richterlichen Entscheidung ..	132
II. Auswirkungen auf die Polizeigesetze .....	133
1. Freiheitsentziehung aus eigenem Entschluß der Polizei ...	133
2. Freiheitsentziehung auf Ersuchen .....	135
III. Unvereinbarkeit einer anderen Auslegung mit Wortlaut und Aufbau des Art. 104 II GG .....	136
IV. Art der richterlichen Entscheidung .....	136

9. Kapitel: Der Betroffene ist bereits entlassen .....	137
2. Unterabschnitt: Strafprozeßordnung .....	139
10. Kapitel: Auswirkungen der gewonnenen Ergebnisse auf die Freiheitsentziehungen nach der StPO .....	139
2. Abschnitt: Bestimmung des zur Entscheidung nach Art. 104 GG berufenen Gerichts .....	141
11. Kapitel: Polizeigesetze ohne Regelung der gerichtlichen Zuständigkeit .....	141
I. Das Problem und die Versuche zu seiner Lösung .....	141
II. Eigene Lösung .....	146
1. Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten .....	147
a) § 13 GVG .....	147
b) FGG .....	147
c) Art. 19 IV GG .....	148
2. Verwaltungsrechtsweg; Begriff der „Streitigkeit“ des öffentlichen Rechts .....	148
a) Bisherige Äußerungen .....	148
b) Erweiterung des Begriffs der „Streitigkeit“ gegenüber Streit im Wortsinne .....	150
c) Allgemeine Abgrenzung zwischen streitiger und freiwilliger Gerichtsbarkeit .....	152
d) Mangelnde Dispositionsbefugnis über die Vorschriften des Art. 104 II GG .....	153
e) Die Auffassung des BVerwG zur Streitigkeit des öffentlichen Rechts .....	154
f) Bedenken gegen die Annahme einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit und Ergebnis .....	156
3. Rückgriff auf das FGG für das Verfahren der Verwaltungsgerichte .....	159
4. Schlußfolgerung für das hamburgische Recht .....	160
5. Schlußfolgerung für Freiheitsentziehungen auf Ersuchen ..	160
12. Kapitel: Polizeigesetze mit Zuweisung an den ordentlichen Richter der freiwilligen Gerichtsbarkeit .....	160
I. Vereinbarkeit mit der VwGO .....	160
II. Vereinbarkeit mit den Landesverfassungen .....	161
III. Erstreckung der Zuweisung auf die vorgängige richterliche Entscheidung .....	162
13. Kapitel: Regelung der richterlichen Zuständigkeit in der StPO ....	163
3. Teil: Vereinbarkeit der im 1. Teil angeführten Vorschriften mit der Menschenrechtskonvention .....	165

<b>1. Abschnitt: Allgemeines; Darstellung und Kritik der bisherigen Lösungsvorschläge anhand des § 15 PrPVG</b> .....	<b>165</b>
<b>14. Kapitel: Allgemeines</b> .....	<b>165</b>
<b>15. Kapitel: Darstellung der bisherigen Lösungsvorschläge anhand des § 15 PrPVG</b> .....	<b>167</b>
I. Vorbemerkung .....	167
II. § 15 I b PrPVG .....	168
<b>16. Kapitel: Kritik der bisherigen Lösungsvorschläge zu § 15 I b PrPVG; Rechtsprechung der Straßburger Instanzen</b> .....	<b>170</b>
I. Gegenständliche Beschränkung des Art. 5 I b 2. Alt. MRK ....	171
1. Aufbau des Art. 5 I MRK .....	171
2. Funktion des Art. 5 I b 2. Alt. als Ergänzung der 1. Alt. ....	171
3. Gesetzssystematik .....	172
4. Entbehrlichkeit der übrigen Eingriffsvorbehalte .....	173
5. Zweck und Entstehungsgeschichte des Art. 5 I MRK („Enumerationsmethode“ — „Definitions-methode“) .....	173
6. Schlußfolgerung .....	174
II. Beschränkung des Art. 5 I b 2. Alt. MRK auf genau umschriebene gesetzliche Verpflichtungen .....	175
1. Der Fall Lawless .....	175
2. Stellungnahme .....	177
III. Freiheitsentziehung bei verfassungsfeindlichen Handlungen ..	179
IV. Schlußfolgerungen .....	180
<b>17. Kapitel: Bisherige Lösungsvorschläge zu § 15 I a PrPVG (Schutzhaft)</b> .....	<b>182</b>
<b>2. Abschnitt: Eigene Lösung</b> .....	<b>185</b>
<b>1. Unterabschnitt: Fragestellung; Feststellung weiterer Lücken des Art. 5 MRK im Bereich der kurzfristigen Freiheitsentziehung durch die Exekutive</b> .....	<b>185</b>
<b>18. Kapitel: Fragestellung, Wortinterpretation, Entscheidungen der Straßburger Instanzen</b> .....	<b>185</b>
I. Fragestellung .....	185
II. Wortinterpretation .....	187
III. Entscheidungen der Straßburger Instanzen .....	188
<b>19. Kapitel: Feststellung weiterer Lücken</b> .....	<b>189</b>
I. Überprüfung der herrschenden Meinung zu Art. 5 I c 2. Fall MRK (Hinderungshaft) .....	189

1. Erfordernis eines bereits mit Strafe bedrohten Verhaltens ..	190
2. Festnahme zur Einleitung einer längeren Freiheitsentziehung	199
3. Standpunkt der Straßburger Instanzen .....	203
4. Hinderungshaft und Art. 5 I b 2. Alt. MRK .....	209
5. Ergebnis .....	209
II. Überprüfung der übrigen Eingriffsvorbehalte des Art. 5 I MRK zugunsten der Exekutive .....	210
1. Art. 5 I e .....	210
2. Art. 5 I d .....	212
3. Art. 5 I f .....	214
4. Art. 5 I b 2. Alt. ....	215
5. Ergebnis .....	216
2. Unterabschnitt: Folgerungen aus den festgestellten Lücken .....	218
20. Kapitel: Ziele und Zwecke der MRK .....	218
21. Kapitel: Rechtsvergleichende Auslegung .....	221
I. Polizeigesetze .....	222
1. Frankreich .....	222
2. Belgien .....	225
3. Schweden .....	226
4. Niederlande .....	227
5. Dänemark und Norwegen .....	228
6. Italien .....	231
7. Schweiz .....	233
8. England .....	234
9. Schlußfolgerungen .....	236
II. Strafprozeßgesetze .....	240
1. Frankreich .....	240
2. Schweden .....	243
3. Norwegen .....	244
4. Niederlande .....	244
5. Schlußfolgerungen .....	245
22. Kapitel: Ratifikationsverfahren .....	245
23. Kapitel: Ergebnis .....	247
I. Die beiden Möglichkeiten .....	247
II. Entscheidung .....	249
III. Bestimmung der „kurzen Zeit“ .....	253

IV. Schlußfolgerungen für die im 3. und 4. Kapitel angeführten Vorschriften .....	256
1. StPO .....	256
2. Polizeigesetze und Sondergesetze .....	257
3. Richterliche Anordnung der Freiheitsentziehung .....	258
<b>Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....</b>	<b>259</b>
.	
<b>Anhang: Artikel 5 MRK in den maßgebenden Fassungen und in der amtlichen deutschen Übersetzung .....</b>	<b>261</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>265</b>



## Abkürzungs- und Gesetzesverzeichnis

(mit Ausnahme allgemein gebräuchlicher Abkürzungen und solcher Gesetze, die nur an einer Stelle der Arbeit mit Angabe der Fundstelle genannt sind)

a. A.	= anderer Ansicht
a.a.O.	= am angegebenen Ort
AB	= Ausführungsbestimmungen
AB zum NdsSOG	= Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, RdErl. des NdsMdI v. 9. 5. 1962 (MBI. S. 507; auch bei <i>Ule-Rasch</i> , S. 519 ff. zu den einzelnen Vorschriften)
AB zum PrPVG	= Ausführungsbestimmungen zum Preußischen Polizeiverwaltungsgesetz v. 1. 10. 1931 (MBliV S. 923; auch bei <i>Klausener-Kerstiens-Kempner</i> , <i>Scheer-Trubel</i> und <i>Ule-Rasch</i> zu den einzelnen Vorschriften)
ABl.	= Amtsblatt
Abs.	= Absatz
Abschn.	= Abschnitt
Abt.	= Abteilung
a. E.	= am Ende
a. F.	= alter Fassung
Affaire Lawless (Fond)	= s. Literaturverzeichnis, Publications de la Cour Européenne des Droits de l'Homme
allg. M.	= allgemeine Meinung
ALR	= Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten v. 5. 2. 1794
Alt.	= Alternative
Anm.	= Anmerkung
Ann.	= Annuaire, s. Literaturverzeichnis, Yearbook of the European Convention on Human Rights
AöR	= Archiv des öffentlichen Rechts (Band und Seite)
arg.	= argumentum
Art.	= Artikel
AS	= Amtliche Sammlung (Band und Seite)
AusfG	= Ausführungsgesetz
AusfVO	= Ausführungsverordnung
AusländerG	= Ausländergesetz v. 28. 4. 1965 (BGBl. I/353)
Ausländerpolizei-VO	= Ausländerpolizeiverordnung v. 22. 8. 1938 (RGBl. I/1053)
Bad.	= Badisch
Bad.-Württ.	= Baden-Württembergisch (bei Gerichtsbezeichnungen)
BAnz.	= Bundesanzeiger (Jahr und Nummer)
Bay	= Bayern, Bayerisch
BayBS	= Bereinigte Sammlung des bayerischen Landesrechts 1802 bis 1956
BayObLG	= Bayerisches Oberstes Landesgericht

- BayObLGSt = Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen (Jahr und Seite)
- BayObLGZ = Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen (Jahr und Seite)
- BayPAG = Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei in Bayern (Polizeiaufgabengesetz) v. 16. 10. 1954 i. d. F. v. 3. 4. 1963 (GVBl. S. 95, berichtigt S. 120)
- BayPOG = Gesetz über die Organisation der Polizei in Bayern (Polizeiorganisationsgesetz) v. 20. 10. 1954 (GVBl. S. 245)
- BayVBl.  
BayVerf. = Bayerische Verwaltungsblätter (Jahr und Seite)  
= Verfassung des Freistaates Bayern v. 2. 12. 1946 (GVBl. S. 333)
- BayVerwah-  
rungsG = (Bayerisches) Gesetz über die Verwahrung geistes-  
gerichtsordnung v. 22. 3. 1960 (GVBl. S. 269)  
süchtiger Personen (Verwahrungsgesetz) v. 30. 4. 1952  
(GVBl. S. 163)
- BayVwZVG = Bayerisches Verwaltungs-Zustellungs- und Vollstrek-  
kungsgesetz v. 30. 5. 1961 (GVBl. S. 148)
- Bd. = Band
- BDH = Bundesdisziplinarhof
- Bericht = Bericht der Europäischen Kommission für Menschen-  
rechte an den Gerichtshof im Falle Lawless (s. S. 175  
Fn. 24)
- BGB = Bürgerliches Gesetzbuch v. 18. 8. 1896 (RGBl. S. 195)
- BGBL. = Bundesgesetzblatt (Jahr, Teil, Seite; das österreichische  
Bundesgesetzblatt wird nach Nummern zitiert)
- BGH = Bundesgerichtshof
- BGHSt = Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen  
(Band und Seite)
- BGHZ = Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen  
(Band und Seite)
- BGS = Bundesgrenzschutz
- BGSg = Gesetz über den Bundesgrenzschutz und die Einrich-  
tung von Bundesgrenzschutzbehörden v. 16. 3. 1951  
(BGBL. I/201)
- BK = Bonner Kommentar; s. Literaturverzeichnis Kommen-  
tar zum Bonner Grundgesetz
- BK/O = Anordnung der Alliierten Kommandatura Berlin (Or-  
der of the Allied Kommandatura Berlin)
- Bln = Berlin, Berliner
- BlnAusfG z.  
VwGO = (Berliner) Gesetz zur Ausführung der Verwaltungs-  
kranker, geistesschwacher, rauschgift- oder alkohol-
- BlnPolZG = Gesetz über die Zuständigkeit der Berliner Polizei-  
und Ordnungsbehörden (Polizeizuständigkeitsgesetz)  
v. 2. 10. 1958 (GVBl. S. 959)
- BlnPVG = (Preußisches) Polizeiverwaltungsgesetz i. d. F. v. 2. 10.  
1958 (GVBl. S. 961)
- BlnUntG = (Berliner) Gesetz über die Unterbringung von Geistes-  
kranken und Süchtigen v. 5. 6. 1958 (GVBl. S. 521)
- BlnVerf. = Verfassung von Berlin v. 1. 9. 1950 (VOBl. I/433)
- BlnVGG = (Berliner) Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit  
v. 8. 1. 1951 (VOBl. I/46)

- BlnVwVerfG = Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung v. 2. 10. 1958 (GVBl. S. 951)
- Blutalkohol = Zeitschrift „Blutalkohol“ (Jahr und Seite)
- BR = (Deutscher) Bundesrat
- BRD = Bundesrepublik Deutschland
- Bre = Bremen, Bremisch
- BreAusfG z. VwGO = (Bremisches) Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung v. 15. 3. 1960 (GBl. S. 25)
- BrePolG = (Bremisches) Polizeigesetz v. 5. 7. 1960 (GBl. S. 73)
- BreUntG = (Bremisches) Gesetz über die Unterbringung von Geisteskranken, Geistesschwachen und Süchtigen v. 16. 10. 1962 (GBl. S. 203)
- BreVerf. = Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen v. 21. 10. 1947 (GBl. S. 251)
- BreVwVerfG = (Bremisches) Gesetz über das Verwaltungsverfahren und den Verwaltungszwang v. 11. 4. 1934 i. d. F. v. 1. 4. 1960 (GBl. S. 37)
- BReg. = Bundesregierung
- BT = (Deutscher) Bundestag
- Bundes-SeuchenG = Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) v. 18. 7. 1961 (BGBl. I/1012)
- BVerfG = Bundesverfassungsgericht
- BVerfGG = Gesetz über das Bundesverfassungsgericht v. 12. 3. 1951 (BGBl. I/243)
- BVerwG = Bundesverwaltungsgericht
- BW = Baden-Württemberg, Baden-Württembergisch
- BWAusfG z. VwGO = (Baden-Württembergisches) Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung v. 22. 3. 1960 (GBl. S. 94)
- BWPolG = (Baden-Württembergisches) Polizeigesetz v. 21. 11. 1955 (GBl. S. 249)
- BWUntG = (Baden-Württembergisches) Gesetz über die Unterbringung von Geisteskranken und Suchtkranken v. 16. 5. 1955 (GBl. S. 87)
- BWVerf. = Verfassung des Landes Baden-Württemberg v. 11. 11. 1953 (GBl. S. 173)
- BWVerwBl. = Baden-Württembergisches Verwaltungsblatt (Landesbeilage der DÖV) (Jahr und Seite)
- BYIL = The British Yearbook of International Law (Jahr und Seite)
- CEDH = Cour Européenne des Droits de l'Homme, s. Literaturverzeichnis, Publications de la Cour ...
- CIC = Code d'instruction criminelle v. 16. 3. 1808
- CPJI = Cour Permanente de Justice internationale, s. StIGH
- CPP = Code de Procédure Pénale v. 23. 12. 1958 (in Kraft seit 2. 3. 1959)
- DA-BGS = Dienstanweisung über Aufgaben und Befugnisse des Bundesgrenzschutzes v. 5. 7. 1962 (GMBl. S. 271); Abschnitt IX i. d. F. v. 11. 10. 1968 (GMBl. S. 372)
- Dalloz = Dalloz, Recueil Hebdomadaire de Jurisprudence
- Die Polizei = Zeitschrift „Die Polizei“ (Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen) (Jahr und Seite)

Diss.	= (juristische) Dissertation
DJZ	= Deutsche Juristen-Zeitung (Jahr und Spalte)
Doc.	= Document
DÖV	= Die öffentliche Verwaltung (Jahr und Seite)
DRiZ	= Deutsche Richterzeitung (Jahr und Seite)
Drucks.	= Drucksache
dt.	= deutsch
Dt. Pol.	= Deutsche Polizei (Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei) (Jahr und Seite)
DVB1.	= Deutsches Verwaltungsblatt (Jahr und Seite)
E	= Entwurf
(mit einem Gesetz)	(eines Gesetzes)
(hinter der Bezeichnung eines Gerichts)	= Entscheidung in einer amtlichen Sammlung (Band und Seite)
EGGVG	= Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz v. 27. 1. 1877 (RGBl. S. 77)
EGStPO	= Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung v. 1. 2. 1877 (RGBl. S. 346)
ER	= Europarat
ErgBd.	= Ergänzungsband
Erl.	= Erläuterung
ESVGH	= Entscheidungssammlung des Hessischen und des Württemberg-Badischen Verwaltungsgerichtshofs (Band und Seite)
FB	= Freiheitsbeschränkung
FE	= Freiheitsentziehung
FEG	= Gesetz über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen v. 29. 6. 1956 (BGBl. I/599)
FGG	= (Reichs-)Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit i. d. F. v. 20. 5. 1898 (RGBl. S. 771)
FGO	= Finanzgerichtsordnung v. 6. 10. 1965 (BGBl. I/1477)
Fn.	= Fußnote
G	= Gesetz
GA	= Goldammer's Archiv für Strafrecht (Jahr und Seite)
Gazzetta Ufficiale	= Gazzetta ufficiale del regno d'Italia
GB1.	= Gesetzblatt
GeschlKrG	= Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten v. 23. 7. 1953 (BGBl. I/700)
GG	= Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23. 5. 1949 (BGBl. S. 1)
GH	= Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
GK	= Generalklausel
GMB1.	= Gemeinsames Ministerialblatt (herausgegeben vom Bundesministerium des Innern)
GR	= Die Grundrechte; herausgegeben von Bettermann-Nipperdey-Scheuner (Band I von Bettermann-Neumann-Nipperdey); Band, Halbband und Seite (Erscheinungsort usw. jeweils bei der Verfasserangabe im Literaturverzeichnis)

GS	= Preußische Gesetzsammlung (bis 1906: Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten)
GVBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz v. 27. 1. 1877 (RGBl. S. 41) i. d. F. v. 12. 9. 1950 (BGBl. S. 513)
GVOBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt (Schleswig-Holstein)
Hbg	= Hamburg, Hamburgisch
HbgAusfG zu Art. 104 GG	= (Hamburgisches) Gesetz zur Ausführung des Artikels 104 des Bonner Grundgesetzes v. 17. 8. 1949 (GVBl. S. 177)
HbgAusfG z. VwGO	= (Hamburgisches) Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 v. 29. 3. 1960 (GVBl. S. 291)
HbgSOG	= (Hamburgisches) Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung v. 14. 3. 1966 (GVBl. S. 77)
HbgVerf.	= Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg v. 6. 6. 1952 (GVBl. S. 117)
HbgVwVG	= (Hamburgisches) Verwaltungsvollstreckungsgesetz v. 13. 3. 1961 (GVBl. S. 79)
HChE	= Grundgesetz-Entwurf des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee (im artikulierten Teil des Berichts über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, s. Literaturverzeichnis, Bericht ...)
Hess	= Hessen, Hessisch
HessAusfG z. VwGO	= Hessisches Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung v. 6. 2. 1962 (GVBl. S. 13)
HessPolG	= Hessisches Polizeigesetz v. 10. 11. 1954 (GVBl. S. 203)
HessSOG	= Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung v. 17. 12. 1964 (GVBl. S. 209)
HessUntG	= (Hessisches) Gesetz über die Entziehung der Freiheit geisteskranker, geistesschwacher, rauschgift- oder alkoholsüchtiger Personen v. 19. 5. 1952 (GVBl. S. 111)
HessVerf.	= Verfassung des Landes Hessen v. 1. 12. 1946 (GVBl. S. 229)
HessVwVG	= Hessisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz v. 4. 7. 1966 (GVBl. S. 151)
HGB	= Handelsgesetzbuch v. 10. 5. 1897 (RGBl. S. 219)
h. M.	= herrschende Meinung
HRR	= Höchststrichterliche Rechtsprechung (Jahr und Nummer der Entscheidung)
Hs.	= Halbsatz
H.St.	= s. Literaturverzeichnis, Halsbury's Statutes of England
i. d. F.	= in der Fassung
i. e. S.	= im eigentlichen Sinne
i. S.	= im Sinne
i. V. m.	= in Verbindung mit
JBl. Saar	= Justizblatt des Saarlandes (Jahr und Seite)
JMBI.	= Justizministerialblatt
JÖR	= Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (Band und Seite)
Journal Officiel	= Journal officiel de la République française
JR	= Juristische Rundschau (Jahr und Seite)

- JSchG = Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit i. d. F. v. 27. 7. 1957 (BGBl. I/1058)
- JW = Juristische Wochenschrift (Jahr und Seite)
- JWG = Gesetz für Jugendwohlfahrt v. 11. 8. 1961 (BGBl. I/1206, berichtigt S. 1875) (vorher Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt v. 9. 7. 1922 (RGBl. I/633))
- JZ = Juristenzeitung (Jahr und Seite)
- KG = Kammergericht
- KMR = s. Literaturverzeichnis, *Kleinknecht-Müller-Reitberger*
- Kommission = Europäische Kommission für Menschenrechte
- LG = Landgericht
- li. Sp. = linke Spalte
- lit. = littera
- LQR = The Law Quarterly Review (Volume und Seite)
- LT = Landtag
- LVG = (Preußisches) Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung v. 30. 7. 1883 (GS S. 195)
- LVG (mit Ortsnamen) = Landesverwaltungsgericht
- LZ = Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (Jahr und Seite)
- MBI. = Ministerialblatt
- MBliV = Ministerial-Blatt für die Preußische innere Verwaltung (bis 1907: Ministerial-Blatt für die gesamte innere Verwaltung in den Königlich Preußischen Staaten)
- MdI = Minister des Innern
- MDR = Monatsschrift für Deutsches Recht (Jahr und Seite)
- MilReg. = Militärregierung
- Modellentwurf = s. Literaturverzeichnis
- MRK = Menschenrechtskonvention = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4. 11. 1950 (BGBl. 1952 II/685, berichtigt S. 953)
- MRVO Nr. 165 = Verordnung Nr. 165 der britischen Militärregierung: Verwaltungsgerichtsbarkeit in der britischen Zone, v. 15. 9. 1948 (Abl. MilReg. S. 799)
- m. w. Nachw. = mit weiteren Nachweisen
- n. F. = neuer Fassung
- N. F. = Neue Folge
- Nds = Niedersachsen, Niedersächsisch
- NdsRPfl. = Niedersächsische Rechtspflege (Jahr und Seite)
- NdsSOG = (Niedersächsisches) Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung v. 21. 3. 1951 (GVBl. S. 79)
- NJW = Neue Juristische Wochenschrift (Jahr und Seite)
- NW = Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfälisch
- NWOBG = (Nordrhein-Westfälisches) Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden — Ordnungsbehörden-gesetz — v. 16. 10. 1956 (GVBl. S. 155)
- NWPOG = Gesetz über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein-Westfalen v. 11. 8. 1953 i. d. F. v. 8. 12. 1964 (GVBl. S. 411)
- NWPVG = Preußisches Polizeiverwaltungsgesetz in der für den Aufgabenbereich der Polizei geltenden Neufassung aufgrund der Bekanntmachung v. 27. 11. 1953 (GVBl. S. 403)

NWUntG	= (Nordrhein-Westfälisches) Gesetz über die Unterbringung geisteskranker, geistesschwacher und suchtkrankter Personen v. 16. 10. 1956 (GVBl. S. 300)
NWVerf.	= Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen v. 28. 6. 1950 (GVBl. S. 127)
NWVwVG	= Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen v. 23. 7. 1957 (GVBl. S. 216)
O	= Ordnung
OLG	= Oberlandesgericht
OLG (mit in Klammern gesetztem Ortsnamen)	= Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts (Band und Seite)
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OWiG	= Gesetz über Ordnungswidrigkeiten v. 24. 5. 1968 (BGBl. I/481)
OWiG 1952	= Gesetz über Ordnungswidrigkeiten v. 25. 3. 1952 (BGBl. I/177)
PAG	= s. BayPAG
PCIJ	= Permanent Court of International Justice (s. StIGH)
PolG	= Polizeigesetz
Pr	= Preußen, Preußisch
PrOVG	= Preußisches Oberverwaltungsgericht
PrPVG	= (Preußisches) Polizeiverwaltungsgesetz v. 1. 6. 1931 (GS S. 77)
RAO	= Reichsabgabenordnung v. 13. 12. 1919 i. d. F. v. 22. 5. 1931 (RGBl. I/161) (§ 202 i. d. F. v. 11. 7. 1953, BGBl. I/551)
RdErl.	= Runderlaß
Rdn.	= Randnummer
Rec.	= Recueil, s. Literaturverzeichnis, Council of Europe, Collection of Decisions
Recueil Sirey	= Recueil général des lois et des arrêts; fondé par J.-B. Sirey
Recht	= Das Recht (Jahr und Nummer der Entscheidung)
Rechtspflegeausschuß	= Ausschuß (des Parlamentarischen Rates) für Verfassungsgerichtshof und Rechtspflege
RegE	= Regierungsentwurf
re. Sp.	= rechte Spalte
RG	= Reichsgericht
RGBl.	= Reichsgesetzblatt (Jahr, Teil, Seite)
RG Rspr.	= Rechtsprechung des Deutschen Reichsgerichts in Strafsachen (1879—88) (Band und Seite)
RGSt	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen (Band und Seite)
RGZ	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Band und Seite)
RhPf	= Rheinland-Pfalz, Rheinland-Pfälzisch
RhPfPVG	= Polizeiverwaltungsgesetz von Rheinland-Pfalz v. 26. 3. 1954 (GVBl. S. 31)
RhPfUntG	= (Rheinland-Pfälzisches) Landesgesetz über die Unterbringung von Geisteskranken und Suchtkranken v. 19. 2. 1959 (GVBl. S. 91, berichtigt S. 114)
RhPfVerf.	= Verfassung für Rheinland-Pfalz v. 18. 5. 1947 (VOBl. S. 207)

- RhPfvGG = (Rheinland-Pfälzisches) Landesgesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit v. 14. 4. 1950 (GVBl. S. 103)
- RhPfvwVG = Verwaltungsvollstreckungsgesetz für Rheinland-Pfalz v. 8. 7. 1957 (GVBl. S. 101)
- Rspr. = Rechtsprechung
- RV 1871 = Verfassung des Deutschen Reichs v. 16. 4. 1871 (RGBl. S. 64)
- RVerwBl. = Reichsverwaltungsblatt (Jahr und Seite)
- S. = Seite oder (i. V. m. einer Rechtsvorschrift) Satz
- s. = siehe
- s. (in Verbindung mit einem englischen Gesetz) = section
- SaBl. = Sammelblatt für Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder
- Sb. = Sonderband (des NdsGVBl.)
- scil. = scilicet
- SGG = Sozialgerichtsgesetz v. 3. 9. 1953 i. d. F. v. 23. 8. 1958 (BGBl. I/613)
- SH = Schleswig-Holstein, Schleswig-Holsteinisch
- SHAnz. = Schleswig-Holsteinische Anzeigen (Jahr und Seite)
- SHLVwG = Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz) v. 18. 4. 1967 (GVBl. S. 131; in Kraft seit 1. 1. 1968)
- SHPolG = Polizeigesetz für das Land Schleswig-Holstein v. 23. 3. 1949 i. d. F. v. 22. 12. 1952 (GVBl. S. 185)
- SHUntG = (Schleswig-Holsteinisches) Gesetz über die Unterbringung von psychisch Kranken und Süchtigen v. 28. 8. 1958 (GVBl. S. 271)
- SJZ = Süddeutsche Juristen-Zeitung (Jahr und Spalte)
- StIGH = Ständiger Internationaler Gerichtshof; Entscheidungen zitiert CPJI Série ... oder PCIJ Series ... (jeweils die authentische — französische oder englische — Fassung)
- StGB = Strafgesetzbuch v. 15. 5. 1871 i. d. F. v. 25. 8. 1953 (BGBl. I/1083, berichtigt 1954 I/33)
- StPO = Strafprozeßordnung v. 1. 2. 1877 i. d. F. v. 17. 9. 1965 (BGBl. I/1374)
- str. = streitig
- Strafprozeß-  
änderungsG 1964 = Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes v. 19. 12. 1964 (BGBl. I/1067)
- st. Rspr. = ständige Rechtsprechung
- StVG = Straßenverkehrsgesetz v. 19. 12. 1952 (BGBl. I/837), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten v. 24. 5. 1968 (BGBl. I/503)
- StVO = Straßenverkehrsordnung v. 13. 11. 1937 i. d. F. v. 29. 3. 1956 (BGBl. I/327)
- süddt. VGG = Gesetz über die Verwaltungsgerichtsbarkeit (in den Ländern der ehemaligen amerikanischen Besatzungszone Deutschlands), Bayern: Gesetz v. 25. 9. 1946 (GVBl. S. 281), Bremen: Gesetz v. 5. 8. 1947 (GBl. S. 171), Hes-



- sen: Gesetz v. 31.10.1946 (GVBl. S. 194), Württemberg-Baden: Gesetz v. 16.10.1946 (Bad. Regierungsblatt S. 221)
- UN = United Nations
- UN-Study = s. Literaturverzeichnis United Nations Publication
- UN Yearbook = s. Literaturverzeichnis, United Nations, Yearbook on Human Rights
- UZwG = Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes v. 10.3.1961 (BGBl. I/165)
- VA = Verwaltungsakt
- Verfassung des Saarlandes v. 15.12.1947 (ABl. Saarland S. 1077) und v. 20.12.1956 (ABl. S. 1657)
- VerfGH = Verfassungsgerichtshof
- VG = Verwaltungsgericht
- VGH = Verwaltungsgerichtshof
- VO = Verordnung
- VOBl. = Verordnungsblatt
- Vol. = Volume
- VollzE zum BayPAG = Entschließung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zum Vollzug des Polizeiaufgabengesetzes v. 17.5.1963 (Ministerialamtsblatt der bayerischen inneren Verwaltung S. 219, auch bei *Berner* zu den einzelnen Vorschriften)
- Vorbem. = Vorbemerkung
- Vorläufige NdsVerf. = Vorläufige Niedersächsische Verfassung v. 13.4.1951 (GVBl. S. 103)
- VRS = Verkehrsrechts-Sammlung (Jahr und Seite)
- VV zum NWOBG = Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Ordnungsbehördengesetzes, RdErl. des Innenministers v. 1.12.1956 (MBl. S. 2341, jetzt SaBl. S. 2060)
- VwGO = Verwaltungsgerichtsordnung v. 21.1.1960 (BGBl. I/17)
- VwRspr. = Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland (Band und Seite)
- VwVG = Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz v. 27.4.1953 (BGBl. I/157)
- WehrpflichtG = Wehrpflichtgesetz i. d. F. v. 14.5.1965 (BGBl. I/391)
- WP = Wahlperiode
- WRV = Verfassung des Deutschen Reichs v. 11.8.1919 (RGBl. S. 1383) (Weimarer Reichsverfassung)
- Württ.-Bad. = Württemberg-Badisch (bei Gerichtsbezeichnungen)
- ZaöRV = Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (Band und Seite)
- ZStW = Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (Band und Seite)
- ZPO = Zivilprozeßordnung v. 30.1.1877 i. d. F. v. 12.9.1950 (BGBl. S. 533)

Englische Gesetze werden nach der Gesetzessammlung „The Law Reports, Statutes“ zitiert (nach reign — Regierungsjahr — und chapter [c.] — Kapitel des Gesetzes —).

## *Erster Teil*

# Grundlegungen und Rechtsgrundlagen

## *Erster Abschnitt*

### Grundlegungen

#### *1. Kapitel*

#### **Abgrenzung des Gegenstandes der Arbeit**

##### **I. Begrenzung auf die Vollzugspolizei und Ausklammerung einiger Rechtsgebiete**

Nach allgemeinem Polizeirecht obliegt die Freiheitsentziehung (FE) zumeist der Vollzugspolizei, sei es, daß ihr sowohl die Anordnung als auch die Ausführung einer FE obliegt, sei es, daß ihr nur die Durchführung einer FE übertragen ist, die von einer anderen Verwaltungsbehörde oder einem Gericht angeordnet wird. Soweit die Anordnung und Durchführung einer FE anderen Verwaltungsbehörden als der Vollzugspolizei übertragen ist — zum Beispiel Ordnungsbehörden mit eigenen Vollzugskräften<sup>1</sup> — bietet diese Rechtslage keine grundsätzlichen Besonderheiten. Daher beschränkt sich die Arbeit auf solche FEen, welche die Vollzugspolizei entweder selbst anordnet und durchführt oder die sie auf Ersuchen vornimmt. Unter „Polizei“ wird im folgenden nur die Vollzugspolizei verstanden.

Aus dem Kreise der FEen auf Ersuchen waren diejenigen FEen auszuscheiden, deren Anordnung dem Richter obliegt. Diese Fälle sind für die hier abzuhandelnden Probleme auch dann ohne besonderes Interesse, wenn die Anordnung auf Polizeirecht beruht. Die — nur materiellrechtliche — Problematik wird bereits bei den von der Polizei selbst oder einer anderen Verwaltungsbehörde angeordneten FEen erörtert. Erst recht bietet die Vollstreckung richterlicher Anordnungen, die nicht auf polizeirechtliche Vorschriften gestützt sind (Ausführung von Haftbefehlen und Vorführungsbefehlen nach den Prozeßgesetzen, Ergreifen entwichener Strafgefangener oder Heilanstaltsinsassen usw.) keine besonderen Probleme.

---

<sup>1</sup> z. B. § 51 NdsSOG mit VO v. 24. 3. 1959 (GVBl. S. 58); § 13 NWOBG.

Im Interesse besserer Übersichtlichkeit wurde das besondere Polizeirecht ausgeklammert, insbesondere das Gebiet des Ausländerpolizeiwesens und des Unterbringungsrechts. Die Vorschriften der Unterbringungsgesetze, die der Polizei für Notfälle besondere Befugnisse geben<sup>2</sup>, finden nur Anwendung, wenn gegen einen Geisteskranken in dieser Eigenschaft eingeschritten wird; anderenfalls bleibt es bei den Bestimmungen der Polizeigesetze, die eine FE gestatten<sup>3</sup>. Desgleichen wurde auf die Erörterung der Mitwirkung der Polizei bei (möglicherweise) freiheitsentziehenden Maßnahmen innerhalb besonderer Gewaltverhältnisse<sup>4</sup> verzichtet.

Da der Schwerpunkt der polizeilichen Tätigkeit bei den Bundesländern liegt, behandelt die Arbeit in erster Linie die FE durch die Polizei der Länder. Um auch die Polizei des Bundes zu berücksichtigen, wurde aus dem Kreis der Bundespolizeibehörden der Bundesgrenzschutz (BGS) mit einbezogen<sup>5</sup>.

## **II. Begriff der Kurzfristigkeit**

Der Begriff der Kurzfristigkeit ist durch die Verfassung vorgegeben. Nach Art. 104 II 3 GG darf die Polizei niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Jede längere FE kann somit nur auf der Anordnung einer anderen Behörde beruhen. Soweit es sich dabei um die Anordnung einer Verwaltungsbehörde handelt, besteht kein grundsätzlicher Unterschied gegenüber der Vollziehung einer kürzeren FE auf Ersuchen; soweit ein Gericht die FE anordnet, fällt der Vollzug ohnehin aus dem Thema der Arbeit heraus. Kurzfristig im Sinne dieser Arbeit ist mithin die FE, die sich innerhalb der Frist des Art. 104 II 3 GG hält.

## *2. Kapitel*

### **Begriff der Freiheitsentziehung**

#### **I. Die in Betracht kommenden polizeilichen Maßnahmen**

Als FEen kommen folgende Maßnahmen in Betracht: Auf strafprozessuellem Gebiet die vorläufige Festnahme (§ 127 StPO), die Mit-

<sup>2</sup> z. B. § 15 I BlnUntG. Einzelheiten bei *Baumann*, UntR, S. 123 ff.

<sup>3</sup> z. B. Schutzhaft oder Gewahrsam zur Verhinderung einer unmittelbar bevorstehenden Straftat. Demgemäß erklärt § 15 III BlnUntG das BlnPVG nur hinsichtlich der vorläufigen Einweisung Geisteskranker und Süchtiger für unanwendbar.

<sup>4</sup> Etwa Zuführung schulpflichtiger Kinder zum Unterricht oder Wehrpflichtiger zur Einheit.

<sup>5</sup> Zu den übrigen Bundespolizeibehörden und ihren Rechtsgrundlagen s. *Drews-Wacke*, S. 535 ff.; *Wacke*, Staatsbürger und Staatsgewalt II/161 ff.

nahme von Zeugen zur Personalienfeststellung („Sistierung“), die Festnahme der Störer von Amtshandlungen (§ 164 StPO), das Verbringen zur Dienststelle oder zu einem anderen Ort zur Durchführung körperlicher Untersuchungen oder erkennungsdienstlicher Maßnahmen (§§ 81 a, 81 b StPO) und die Durchsuchung von Personen, auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts der Polizeigewahrsam, die Sistierung, die Vorführung zur Dienststelle oder zu einem anderen Ort einschließlich der Vorführung zur erkennungsdienstlichen Behandlung und die Personendurchsuchung.

Einigkeit besteht lediglich darüber, daß die vorläufige Festnahme zur Einleitung der Untersuchungshaft und der Polizeigewahrsam<sup>1</sup> FEen darstellen.

## II. Freiheitsentziehung und Freiheitsbeschränkung

Art. 104 I 1 GG bestimmt, daß die Freiheit der Person — d. h. die körperliche Bewegungsfreiheit<sup>2</sup> — nur aufgrund eines förmlichen Gesetzes „beschränkt“ werden darf, während die Absätze II—IV der Vorschrift von der „FE“ handeln. Bei der Erarbeitung des Begriffs der FE geht man daher allgemein von dem Gegensatz von Freiheitsbeschränkung (FB) und FE aus<sup>3</sup>. An die Erwähnung der FB in Abs. I 1 schließt sich unmittelbar die Bestimmung an, daß festgehaltene Personen nicht mißhandelt werden dürfen. Dieser enge räumliche Zusammenhang legt die Annahme nahe, daß auch die in Abs. I 1 behandelte FB ein Festhalten meint, der Grundgesetzgeber also die Begriffe FB und FE synonym gebraucht hat. Das BVerfG dürfte einer solchen Auslegung ebenfalls zuneigen, wenn es in Zusammenhang mit der Frage, ob die Vorladung zum Verkehrsunterricht eine FB im Sinne des Art. 104 I GG darstellt, ausführt, Art. 104 GG — also der ganze Art. 104 — schütze die körperliche Bewegungsfreiheit vor Verhaftung, Festnahme und ähnlichen Eingriffen, also vor unmittelbarem Zwang<sup>4</sup>.

<sup>1</sup> *Drews-Wacke*, S. 175; *Dürig* in Maunz-Dürig, Rdn. 63 zu Art. 1 II GG; *Kaufmann*, S. 265 ff., 271 ff., 282; *König*, S. 361, 368; *Samper*, Rdn. 1 und 4 zu Art. 17, 2 zu Art. 18 PAG; *Schiedermair*, S. 128; *Ule-Rasch*, Rdn. 109 zu § 15 bis 17 PrPVG; *Wolff*, VR I, § 33 V b 3; anders noch *Dürig*, AöR 79/80 Fn. 71.

<sup>2</sup> Statt vieler: BVerfGE 10/302, 318; BVerwGE 6/354, 355; OVG Berlin, DÖV 1956/153 f.; *Dürig* in Maunz-Dürig, Rdn. 49 zu Art. 2 II und 5 zu Art. 104 GG; *Hamann*, Anm. B 10 zu Art. 2 und A 1 zu Art. 104 GG; *Holtkotten*, BK, Erl. II B 1 zu Art. 104 GG; *v. Mangoldt-Klein*, Anm. VI 2 a zu Art. 2 GG. Anders (Freiheit von jedem staatlichen Zwang) nur noch *Wernicke*, BK, Erl. II 2 d zu Art. 2 GG im Anschluß an *Anschütz*, Anm. 1 und 2 zu Art. 114 WRV.

<sup>3</sup> BVerfGE 10/302, 323; *Bettermann*, GR III, 2/881 Fn. 555; *Dürig*, in Maunz-Dürig, Rdn. 5 zu Art. 104 GG; *Hamann*, Erl. B 1 zu Art. 104 GG; *Holtkotten*, BK, Erl. II C 1 zu Art. 104 GG; *E. Kern*, GR II/71; *Reichard*, S. 29; *Saage*, Rdn. 1 zu § 2 FEG; *Ule-Rasch*, Rdn. 7 zu §§ 15—17 PrPVG.

<sup>4</sup> NJW 1967/1221, 1222.